

Beirat Mitte

Protokoll der Sitzung am 16.4.2012

Anwesend waren

vom Beirat

Michael Rüppel

Henrike Müller

Joachim Musch

Jürgen Schierholz

Birgit Olbrich

Monika Steinhauer

Holger Ilgner

Viola Mull

Dirk Paulmann

Siegfried Wegner-Kärsten

Entschuldigt fehlten Barbara Schwarz, Jan Cassalette und Jörg Windszus

vom Ortsamt

Robert Bücking

Vorsitz

Andrea Freudenberg

Protokoll

Gäste:

Herr Dr. Heseler

Sen für Wirtschaft, Häfen und Arbeit

Herr Golasowski, Herr Eiken

Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Verkauf der für den Bau der Oldenburger Kurve erforderlichen Grundstücke -
Lärmschutzmaßnahmen
Ergebnisse der Verhandlungen seitens des Bau- und Wirtschaftsressorts mit der
Bahn
3. Aktuelles
4. Nachwahl Fachausschüsse - Vorschlag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
5. Mitteilungen des Beiratssprechers und des Ortsamtes
6. Verschiedenes

TOP 1 keine Wortmeldungen

TOP 2

Herr Dr. Heseler stellt die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn vor. Die Staatsräte des Wirtschafts- und des Bauressorts hätten am 25. März und in weiteren Gesprächen mit der Bahn über Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der Oldenburger Kurve verhandelt.

Die Bahn habe zugesagt, auf Höhe der Nicolaistraße bis zur Breitenweg-Brücke und auch im Stephaniviertel Lärmschutzwände aufzustellen.

Ein großes Problem sei die Brücke Breitenweg. Weil dort keine Lärmschutzwände installiert werden könnten, denke die Bahn stattdessen daran, besohlte Schwellen einzubauen. Das führe dazu, dass der Körperschall über den Bahndamm / das Brückenbauwerk reduziert werde.

Darüber hinaus wolle die Bahn prüfen, in den Kurven bis zum Hauptbahnhof Schienenschmieranlagen einzubauen. Die Bahn sei aber nicht bereit, weitere Maßnahmen in

Zusammenhang mit der Oldenburger Kurve zu finanzieren. Angesichts der Kosten der Maßnahme Sorge sich die Bahn vor Begehrlichkeiten an anderen Streckenabschnitten.

Herr Dr. Heseler macht deutlich, dass es für die Senatsressorts wichtig sei, dass die Oldenburger Kurve gebaut werden müsse. Ein Verzicht auf die Oldenburger Kurve würde für die Anwohner letztlich nur noch mehr Krach durch zusätzliche Züge bedeuten.

Auf Nachfrage aus der Zuhörerschaft erklärt Herr Eiken:

Bei den besohlenen Schwellen werde zwischen Schotterbett und Erdboden eine Art Filzbelag aufgebracht. Damit könnten die Schwingungen beispielsweise der Breitenweg-Brücke um ca. 2 dB(A) gedämpft werden.

Auch die Vibrationen seien geringer, wenn ein Güterzug über die Schienen fahre.

Bei den Schienenschmieranlagen handle es sich um ein Konditioniermittel, das auf die Schienen aufgetragen werde. Neben den Schienen stehe ein Kasten, der die Schmiertechnik steuere. Sie werde automatisch ausgelöst, wenn ein Zug kommt und bringe ein Schmiermittel auf die Schiene auf. Damit werde das Quietschgeräusch verringert bzw. verhindert.

Die Nicolaistraße erhalte zwischen Brücke und Doventorsteinweg einen Schallschutz. Die Höhe der Wand (zwischen 2 und 3 Metern) werde während des Verfahrens geklärt.

Herr Rüppel stellt fest, dass das gesamte Projekt im engen Zusammenhang mit dem Bau des Jade-Weser-Ports stehe. Werde der Hafen ein Erfolg, werde auch die Bremer Wirtschaft profitieren. Damit stehe das Wirtschaftsressort auch in einer Verantwortung gegenüber den Bewohnern an der Bahnstrecke. Isoliert gesehen sei die Oldenburger Kurve ein Vorteil, aber der gesetzliche Lärmschutz beziehe sich nur auf diese 800 m und ende an der Breitenweg-Brücke. Das reiche nicht aus, sodass weitere Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Herr Wegner-Kärsten reichen die Erklärungen von Herrn Dr. Heseler nicht aus. Damit könne man die betroffenen Anwohner nicht abspeisen, denn es müsse mehr gegen die hohen gesundheitsgefährdenden Lärmwerte unternommen werden.

Herr Musch stellt fest, dass der Jade-Weser-Port bereits im vergangenen Jahrhundert geplant worden sei. Das Programm zur Ertüchtigung des Seehafenhinterlandverkehrs sei 2007 /2008 aufgelegt. Bereits damals hätte deutlich werden müssen, dass die Güterzüge alle über den Hauptbahnhof, Stephani, Findorff und Walle fahren und diese Gebiete zusätzlich verlärmert werden. Bremen hätte schon viel früher aktiv werden können.

Herr Güldner, Fraktion Die Grünen, könnte sich die Möglichkeit vorstellen, dass aus dem Haushalt Bremens Gelder für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Das müsse im Rahmen der Haushaltsverabschiedung noch ausgelotet werden. Hilfe für die Anwohner könnte in Zukunft ein kommunales Lärmschutzprogramm bringen.

Herr Gottschalk, SPD, betont, dass der Wille da sei, jetzt etwas zu unternehmen im Sinne der betroffenen Anwohner, aber Lärmprobleme gebe es in der ganzen Stadt.

Nach Auffassung von Frau Müller habe die intensive Beiratsarbeit bewirkt, dass der politische Wille etwas zu tun, auch durch die Bürgerschaftsfraktionen unterstützt werde. Nun müssten die zugesagten Prüfaufträge abgewartet werden. Sie vertraue auf die Verhandlungen in den nächsten 2-3 Wochen.

Nach Meinung von Herr Bücking werde sich in nächster Zeit einiges klären. Das Oberverwaltungsgericht tage am 24.4.2012 und es gebe Hoffnung auf eine Entscheidung im Sinne der betroffenen Anwohner. Der Beiratssprecher werde am 24.4.2012 seine Rede in der Bürgerschaft halten. Anfang Mai werde der Haushalt verabschiedet und

SPD und Die Grünen hätten Unterstützung signalisiert. Bremen müsse alle Mittel ausschöpfen, um die Bahn für weitere Finanzierungen zu bewegen.

Von Herrn Golasowski wird noch einmal deutlich gemacht, dass es für Bremen wichtig sei, dass die Oldenburger Kurve gebaut werde. Nun sollte abgewartet werden, wie das OVG nächste Woche entscheide und die Stellungnahme des Eisenbahnbundesamtes sei abzuwarten. Dann könne man in neue Verhandlungen mit der Bahn eintreten, auch wenn über den Haushalt Gelder für Lärmschutzmaßnahmen bewilligt werden.

Entscheidung Beirat:

Der von Herrn Rüppel eingebrachte Antrag wird mit einer Ergänzung durch Herrn Ilgner einstimmig beschlossen:

Verantwortung für den Lärmschutz ernst nehmen! Jetzt ist die Bürgerschaft am Zug

Der Beirat hat auf seiner Sitzung vom 15.3.2012 beschlossen, den Verkauf der Grundstücke für den Bau der Oldenburger Kurve solange abzulehnen, wie kein substantiell verbesserter Lärmschutz, für die an den Schienenstrang angrenzenden Wohngebiete, zugesagt ist.

(vergl. Anlage)

Die Staatsräte des Umwelt-, Bau- und Verkehrsressorts und des Ressorts für Wirtschaft und Häfen haben deshalb am 25.03.2012 Verhandlungen mit der DB Netze geführt, in denen sie versucht haben die Bahn für mehr Lärmschutz zu gewinnen.

Die DB Netze hat angeboten, sogenannte besohlte Schwellen auf der Breitenweg-Brücke und dem anschließenden alten Ast der Oldenburger Kurve einzubauen und den Einbau einer Schienenschmiereinrichtung an den Kurven zu prüfen. Ferner soll, soweit es der Betriebsablauf zulässt, der Verkehr nachts in erster Linie über die mit Lärmschutzwänden ausgestattete neue Oldenburger Kurve geführt werden. * Diese Maßnahmen sind sicher sinnvoll, vor allem aber sind sie kostengünstig und im Ergebnis leisten sie leider nicht was nötig ist, um die lärmgeplagten Wohngebiete spürbar zu entlasten.

Diese Auffassung wird auch bestätigt durch eine vertiefende Untersuchung über den Wirkungsgrad von Lärmschutzmaßnahmen, die in den letzten zwei Wochen im Auftrag des Umweltressorts durch das Lärmkontor Hamburg, durchgeführt wurde. Diese Untersuchung konzentriert sich auf die Umgebung der Breitenweg-Brücke. Um die dringend nötige Absenkung des rechnerischen Dauerschallpegels in den Wohngebieten Struckmannstraße und Doventor auf Werte unter 60 dB(A) in der Nacht zu erreichen, ist es nötig Lärmschutzwände auf der westlichen und der östlichen Seite der Breitenweg-Brücke zu errichten und diese Wand auf der östlichen Seite bis zum „Papageienhaus“ fortzusetzen.

Auch diese Untersuchungen bestätigen die Auffassung des Beirats, dass die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Bahn ungenügend sind. Der Beirat sieht daher die Voraussetzungen für eine Zustimmung zum Verkauf der Grundstücke noch nicht als gegeben an. Der Beirat sieht, wie der Gutachter des Umweltressorts, erheblichen Bedarf für weitere Lärmschutzmaßnahmen.

In einer großen Zahl von Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen hat der Beirat den Eindruck gewonnen, dass keine verantwortliche Politikerin und kein verantwortlicher Politiker die Berechtigung und Dringlichkeit der Forderung nach besserem Lärmschutz an den Gleisen der Bundesbahn bestreitet.

Es ist auch klar geworden, dass Bremens Politik des Ausbaus der Häfen und der Förderung der Logistikgeschäfte zwingend ergänzt werden muss durch energische Maßnahmen zur Reduzierung der Nebenwirkungen. Verantwortliche Politik darf die Bürgerinnen und Bürger, die neben den Bahnstrecken wohnen, mit dem gesundheitsgefährdenden Lärm der Güterzüge nicht sich selbst überlassen.

Deshalb setzt der Beirat darauf, dass eine Beratung dieser Frage in der Bürgerschaft dazu führen wird, dass die Abgeordneten einen Bremer Weg zu mehr Lärmschutz öffnen werden. Der Beirat ist entschieden dafür, die Bahn mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zu mehr Lärmschutz zu verpflichten, der Beirat ist aber gleichzeitig der Auffassung, dass die

Zeit des Versteckspiels hinter den Zuständigkeiten vorbei ist. Bremen hat Verantwortung für den Lärmschutz und muss jetzt handeln.

Vor diesem Hintergrund

- **hält der Beirat an seiner Ablehnung des Grundstücksverkaufs fest.**
- **beantragt der Beirat, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 24.04.2012 gesetzt wird und dass der Beiratssprecher das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger dort vortragen darf.**

- **darüber hinaus hat die Bahn am Rande des Planfeststellungsverfahrens für die Oldenburger Kurve zugesagt im Bereich des Stephaniviertels und im Bereich der Nikolaistraße im Zuge des Programms zur „freiwilligen Sanierung“ Lärmschutzwände zu errichten.**

Anlage 1. : Auszug aus dem Gutachten.

Anlage 2. : Beschluss des Beirats vom 15.3.2012

TOP 3 entfällt

TOP 4

Auf Vorschlag der Fraktion Die Grünen wird Herr Schierholz für den FA Soziales, Bildung und Kultur gewählt. Er tritt die Nachfolge für Frau Heinrich an.

Die Nachwahl für den Ausschuss Bürger- und Jugendbeteiligung wird vertagt.

TOP 5 und 6 entfallen

Vorsitz	Sprecher	Protokoll
Bücking	Rüppel	Freudenberg